



15.438

Parlamentarische Initiative

Berberat Didier.

Eine Regelung

**für transparentes Lobbying
im eidgenössischen Parlament**

Initiative parlementaire

Berberat Didier.

**Pour une réglementation destinée
à instaurer de la transparence
en matière de lobbyisme
au Parlement fédéral**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.03.16 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Stöckli, Bruderer Wyss, Comte, Cramer, Engler)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Stöckli, Bruderer Wyss, Comte, Cramer, Engler)

Donner suite à l'initiative

Le président (Comte Raphaël, président): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission.

Föhn Peter (V, SZ), für die Kommission: Die Staatspolitische Kommission hat an ihrer Sitzung vom 16. November 2015 die parlamentarische Initiative vorgeprüft. Mit der Initiative wird verlangt, dass sich Lobbyisten, die Zutritt zum Parlamentsgebäude wünschen, akkreditieren lassen müssen.

Die Kommission beantragt mit 5 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung und Stichentscheid der damaligen Präsidentin, der Initiative keine Folge zu geben. Eine starke Kommissionsminderheit, angeführt von Kollege Stöckli, beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Die parlamentarische Initiative fordert folgende Anpassungen des Parlamentsrechts:

1. Lobbyistinnen und Lobbyisten, die Zutritt zum Parlamentsgebäude wünschen, müssen sich akkreditieren lassen; die Voraussetzungen dafür müssen noch bestimmt werden. Die Anzahl der Lobbyistinnen und Lobbyisten ist allenfalls zu begrenzen.
2. Die Parlamentsdienste erstellen ein öffentlich einsehbares Register der Akkreditierungen und führen es laufend nach.
3. Das öffentliche Register verpflichtet die Lobbyistinnen und Lobbyisten, jedes Mandat und allfällige Arbeitgeber zu melden.
4. Ein Verstoß oder eine Umgehung dieser Regeln wird sanktioniert.





Das sind die Forderungen der parlamentarischen Initiative.

In den letzten Jahren haben wir uns mehrfach mit der Frage des Zugangs von Lobbyistinnen und Lobbyisten befasst. Bereits vor vier Jahren hatte Herr Berberat ein Akkreditierungssystem gefordert. Seine parlamentarische Initiative "Lobbyismus im Schweizer Parlament. Transparenz und Regulierung" (11.448) wurde damals abgelehnt. Abgelehnt wurde kurz darauf auch die parlamentarische Initiative Minder "Weniger Lobbyismus im Bundeshaus" (12.401). Ebenfalls hier im Saal wurde eine vom Nationalrat angenommene Motion mit dem Titel "Transparenzregeln auch für lobbyierende ehemalige Ratsmitglieder" (11.4029) abgelehnt. Aus dem Nationalrat kamen weitere Vorschläge für eine Regelung der

AB 2016 S 167 / BO 2016 E 167

Lobbytätigkeiten. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates zeigte sich auch hier skeptisch. Sie sprach sich am 11. November 2013 mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung gegen eine entsprechende parlamentarische Initiative Caroni (12.430) aus.

Im letzten Sommer wurde in den Medien eine intensive Diskussion über Lobbytätigkeiten im Parlament geführt. Die hier zur Diskussion stehende parlamentarische Initiative hat nach Meinung der Kommissionsmehrheit wie auch analoge Initiativen aus den Reihen des Nationalrates den Mangel, dass sie sich einzig auf die Tätigkeit von externen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Parlamentsgebäude fokussiert. Die Anwesenheit von Lobbyistinnen und Lobbyisten im Bundeshaus stellt jedoch nur einen kleinen Teil der Lobbytätigkeiten dar. Denn Lobbying findet auch an vielen anderen Orten statt, so an verschiedenen Veranstaltungen ausserhalb des Bundeshauses, insbesondere aber auch durch die Einsitznahme von Interessenvertretern in parlamentarischen Kommissionen.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass mit einer Akkreditierung nur ein geringer Gewinn betreffend Transparenz zu erwarten wäre. Die Kommissionsmehrheit findet nach wie vor, dass die Probleme und Negativvorkommnisse mit abstrakten Regeln kaum umfassend beseitigt werden können. Das liegt vielmehr im Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Ratsmitglieder, also von uns allen. Diese Auffassung dürfte nach den Diskussionen im letzten Sommer noch verstärkt worden sein.

Nach Ansicht der Kommissionsminderheit – ich nehme an, dass die Herren Stöckli und Berberat noch einiges dazu sagen werden – bräuchte es vor dem Hintergrund der in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen Massnahmen, um das Vertrauen in die Institution des Parlamentes zu stärken. Es sei notwendig, ein Zeichen für mehr Transparenz zu setzen. Die heutige Situation sei sehr unübersichtlich. Lobbyistinnen und Lobbyisten könnten sich als Gast eines Ratsmitgliedes Zutritt zum Bundeshaus verschaffen und dann Kontakt mit verschiedenen Ratsmitgliedern aufnehmen. Die Minderheit ist der Meinung, dass ein System gefunden werden müsse, welches klar zwischen den Gästen von Ratsmitgliedern und den Lobbyisten unterscheide.

Andererseits befürchtet die Kommissionsmehrheit, dass mit einem Akkreditierungssystem noch mehr Lobbyistinnen und Lobbyisten Zugang zum Bundeshaus erhalten würden. Es wäre sehr schwierig, sinnvolle Regeln für eine Limitierung zu finden. Es müssten in diesem Fall Kriterien aufgestellt werden, welchen Lobbyistinnen und Lobbyisten Zugang gewährt werden soll und welchen eben nicht. Wer würde das wohl machen, und wer trüge die Verantwortung? Dies würde zu schwierigen Abgrenzungsfragen in den einzelnen Fällen führen, deren Klärung einen grossen administrativen Aufwand erfordern würde.

Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Stöckli Hans (S, BE): Bereits am 14. März 2012, also auf den Tag genau vor vier Jahren, haben wir über ein Akkreditierungssystem debattiert. Damals waren 19 Kolleginnen und Kollegen der Meinung, es bestehe kein Handlungsbedarf, man müsse nicht legiferieren; immerhin 17 haben damals die Frage nach dem Handlungsbedarf bejaht. In der Zwischenzeit hat sich die Situation aus Sicht einer starken Minderheit verändert und ist die Notwendigkeit einer Regelung erheblich grösser geworden.

Vom Sprecher der Mehrheit ist es korrekt ausgeführt worden: Es wurden hier auch verschiedene andere Vorstösse zu diesem Thema beraten. Insbesondere gestützt auf die Vorkommnisse im letzten Sommer ist die Minderheit heute klar der Meinung, dass unser Rat gut daran tut, nun zu versuchen, eine Lösung mit einem Akkreditierungssystem zu finden.

Wir sind uns einig, dass das Lobbying zum System der direkten Demokratie und des Milizparlamentes gehört: Wir sind darauf angewiesen, von Interessenvertretern Informationen zu erhalten und sie dann auch selbstständig zu würdigen. Die Interessenvertretung ist weder gut noch böse, sie ist Teil des Prozesses der Meinungsbildung.

Nun stellen sich aber Fragen: Wird der heutige Prozess unserem System gerecht? Wird genügend Transparenz hergestellt? Wissen wir, wer wie und zu welchem Thema auf uns einwirkt? Ich denke mit der Minderheit,



dass heute Handlungsbedarf gegeben ist: Wir haben keine Übersicht, wer mit welchem Auftrag an uns herantritt. Es ist den Parlamentariern anheimgestellt, willkürlich darüber zu entscheiden, welcher Lobbyist Zutritt zu diesem Haus bekommt. Das bringt eine Abhängigkeit mit sich, die dem System der Transparenz zweifellos nicht gerecht wird. Ich habe Verständnis, wenn die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft erklärt, dass sie von diesem Götti-System eigentlich abrücken möchte, damit auch bei den Lobbyisten Unabhängigkeit gegenüber dem Parlament entsteht.

Wir haben heute für die Lobbyisten eine schlechtere Lösung als für die Journalisten. Das Akkreditierungssystem für die Medienschaffenden hat sich bewährt, und dieses System hat auch Stürme gut überstanden. Dementsprechend ist es sicher richtig, dass wir in der ersten Phase diesen Handlungsbedarf bejahen.

Es kommt noch dazu, dass auch im Nationalrat viele Stimmen in diese Richtung laut geworden sind. Herr Kollege Caroni beispielsweise hat entsprechende Vorstösse eingereicht. Ich möchte meine Kolleginnen und Kollegen auch auf den Vorstoss Reimann Lukas aufmerksam machen, der auch ein System der Akkreditierung in einem Register verlangt (15.3453). Ich zitiere aus dem Antrag des Büros des Nationalrates, offenbar einem einstimmigen Antrag; Kollege Caroni kann sich dann noch dazu äussern. In diesem Antrag vom 21. August 2015 hält das Büro fest, dass tatsächlich Handlungsbedarf besteht, und es wünscht in dieser Sache eine umfassende und vertiefende politische Diskussion mit dem Ziel, wirksame und pragmatische Lösungen zu finden, welche den Realitäten eines Milizparlamentes Rechnung tragen. Auch das Büro des Nationalrates ist heute also klar der Meinung, dass Handlungsbedarf besteht. Dieser Handlungsbedarf müsste durch eine parlamentarische Initiative definiert werden, damit auch das Zepter in der Hand des Parlamentes respektive der Staatspolitischen Kommission bleibt.

Die Argumente der Mehrheit sind – natürlich aus der Sicht der Minderheit – nicht überzeugend. Tatsächlich fokussiert die Initiative für ein Akkreditierungssystem auf unser Haus. Nur ist ja dieses Haus auch die Stätte, wo die Entscheide getroffen werden, wo die Entscheide vorbereitet werden und wo die direkte Einflussnahme natürlich absolut gegeben ist. Es wird moniert, es würde dann eine Zunahme der Lobbyisten geben. Man wird in der Detailberatung zu regeln haben, wie viele Lobbyisten tatsächlich die Kriterien erfüllen. Es wird möglich sein, mit objektiven, transparenten Zulassungskriterien diese Lobbyistenzahl zu steuern. Last, but not least wird auch gesagt, es würde dann schwierige Abgrenzungsfragen geben. Mit der gleichen Argumentation hat man auch lange das Akkreditierungssystem für die Medienschaffenden hinterfragt. Das klappt heute, Sie können sich entsprechend informieren lassen. Die Akkreditierung wird nach klaren Kriterien vorgenommen. Schliesslich hat Herr Berberat auch in Aussicht gestellt, dass, wenn wir das Akkreditierungssystem übernehmen würden, die Zahl der Zulassungsrechte, die wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu vergeben haben, allenfalls auf eins beschränkt werden könnte. Damit könnte dem berechtigten Anliegen, dass die Wandelhalle und insbesondere die Vorräume zu unserem Saal nicht von Leuten übersät würden, die nicht im Parlament sind, Rechnung getragen.

Ich empfehle Ihnen, dieser parlamentarischen Initiative Folge zu geben, damit wir die Arbeit zur Erarbeitung eines Akkreditierungssystems aufnehmen können.

Caroni Andrea (RL, AR): Interessenvertretung und Lobbyismus gehören zur Politik. Es läge mir fern anzustreben, dass man die Lobbyisten aus dem Tempel werfe. Aber ich glaube,

AB 2016 S 168 / BO 2016 E 168

ebenso wie mein Vorredner und der Initiant, dass das System noch Optimierungsbedarf hat, dass wir das System der Interessenvertretung hier im Bundeshaus verbessern könnten.

Hier, beim Stichwort Bundeshaus, hat Kollege Stöckli den gewichtigen Einwand, dass wir nur einen Teil des Lobbyismus erfassen würden, schon gekontert. Aber es gibt noch eine zweite Überlegung: Mir als Liberalem würde es widerstreben, den Lobbyismus im ganzen Land irgendwie regulieren zu wollen. Ich finde, er geht mich eigentlich nichts an. Aber als Mithauherr dieses Hauses geht es mich sehr wohl etwas an, wer in diesem Haus ein und aus geht und was hier in welchem Namen getrieben wird. Daher finde ich es ein taugliches und ein adäquates Instrument, bei den Hausregeln anzusetzen.

Ich sehe zwei Vorteile bei zwei Elementen: Das eine ist das Akkreditierungssystem als solches. Es würde die Lobbyisten institutionell sauberer von den Parlamentariern abgrenzen, und in den Augen der Öffentlichkeit wären wir dann weniger, wie ich es bisweilen etwas böse ausdrücke, die Schlepper der Lobbyisten. Beim heutigen System besteht ja, zumindest in der Wahrnehmung, immer die Gefahr einer übermässigen Verandelung oder Verschmelzung der verschiedenen Rollen. Das kann bisweilen sogar zu unangenehmen Situationen für die Ratsmitglieder selber führen.

Ein zweiter Vorteil dieses Akkreditierungssystems wäre das Ende des Badge-Basars, dieses Aushandelns:



Wer bietet wem noch was für einen Badge? Und manchmal wird in der Tat Handfestes geboten, was unserem Image nicht zuträglich ist. Ich habe übrigens selbst schon solche Angebote erlebt.

Als Nebeneffekt, glaube ich, könnte man damit sogar die Zahl der Lobbyisten einschränken, wenn man dies will, dies als Replik auf eine zweite Kritik der Mehrheit, denn es wäre im Akkreditierungssystem anzulegen, wie hoch die Zahl der Lobbyisten sein soll. Und, das in Ergänzung zum Argument von Kollege Stöckli, man könnte auch schön differenzieren: Man könnte nämlich jemandem, der einen Tagesbedarf hat, einen Tagespass geben und jemandem, der aufgrund der Thematik einen Wochenbedarf hat, einen Pass für die Woche oder jemand anderem, der von der Thematik her permanent betroffen ist, einen permanenten Badge.

Dass ein solches System gut einzurichten wäre, hat Kollege Stöckli ausgeführt. Für die Journalisten hat man dies ja auch erreicht.

Zum zweiten Aspekt der Initiative Berberat, das ist das Element der Transparenz: Ich glaube, auch hier haben wir heute noch eine konkrete Lücke. Wir haben ja ein Register. Ganz abgesehen davon, dass die einen oder anderen – ohne jemanden namentlich zu nennen – diese Kriterien manchmal etwas grosszügig anwenden, wie die "NZZ" einmal verdienstvoll aufgedeckt hat, haben wir das Problem, dass man bei der Funktion einfach "Public-Affairs-Gesellschaft X" eintragen kann und damit eigentlich nichts gewonnen ist: Wir wissen dann noch nicht, warum jemand hier im Hause ist, sondern nur, dass er für eine solche Gesellschaft arbeitet.

Kollege Berberat schlägt grundsätzlich zu Recht vor, dass man hier auch eine Angabe wünschen dürfte. Ich hingegen würde nicht ganz so weit gehen, dass man dann jedes Mandat auch erfassen müsste, also auch die, die nichts mit der Bundeshaus-Interessenvertretung zu tun haben, denn als Liberaler finde ich eben, dass mich das eigentlich nichts angeht. Man könnte es dann bürokratisch so fassen, dass man sagt, dass Mandate zu erfassen sind, für die jemand hier explizit im Bundeshaus tätig ist. Das wäre auch relativ unbürokratisch, denn Session ist ja nur viermal im Jahr, und da würde es an sich reichen, von einem Lobbyisten zu verlangen, dass er per ersten Sessionstag seine paar Mandate, für die er hier im Hause tätig ist, online updatet. Ich denke, das wären im Einzelfall wahrscheinlich eine Handvoll, und die würden ja auch nicht alle paar Sekunden ändern.

Ich glaube, wir sollten diesem Systemwechsel die Chance geben, dem Parlament und den Interessenvertretungen ihre je eigene institutionelle Rolle zu geben. Wir stärken damit auch das Ansehen unserer Institution, denn wir sind Parlamentarier, wir sind Ratsmitglieder, und wir sind nicht verantwortlich dafür – oder sollten es nicht sein –, wie andere Funktionen ins Haus kommen. Wir sind nicht persönlich dafür verantwortlich, wie die Journalisten ins Haus kommen; wir sind nicht persönlich dafür verantwortlich, wie die Verwaltungsleute ins Haus kommen. Ich finde, wir sollten auch nicht verantwortlich dafür sein, wie die Interessenvertreter ins Haus kommen.

Wenn wir nun dieser parlamentarischen Initiative zustimmen, geht sie an die Schwesterkommission, und wir erhalten erst einmal die Gelegenheit, ein System vorzuschlagen, zu skizzieren, zu entwerfen. Wenn es uns dann nicht gefällt, ist es ein Einfaches, beim heutigen System zu bleiben. Aber wenn wir sehen, dass ein besseres System möglich ist, dann haben wir etwas gewonnen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dieser parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Minder Thomas (V, SH): Das Lobbying in diesem Haus ist tatsächlich ein seit Längerem ungelöstes Problem. Da hat Kollege Berberat Recht. Das Bundeshaus wurde für Volk, Stände und die Regierung gebaut, jedoch nicht für Lobbyisten. Der Fall Kasachstan hat aufgezeigt, wohin der Lobbyismus im Bundeshaus führen kann. Er hat demonstriert, welche Geldbeträge, wohlverstanden für einfachste Themenanträge, im Spiel sind. Dass in diesem Gebäude mithilfe von uns Parlamentariern Umsatz – Umsatz! – betrieben wird, ist ganz grundsätzlich falsch.

Wir schieben das Thema Lobbyismus nun schon einige Jahre vor uns her. Keiner der vielen Vorstösse – es sind über ein Dutzend, in beiden Räten, von links bis rechts, von Neulingen bis zu altgedienten Parlamentarierinnen und Parlamentariern – fand bisher eine Mehrheit. Kollege Berberat versucht es nun nochmals, er nimmt nochmals einen Anlauf mit einer fast gleichlautenden parlamentarischen Initiative.

Der Ansatz dieser parlamentarischen Initiative ist jedoch nicht zielführend. Warum? Weil bei diesem Vorschlag letztlich irgendjemand anderes als wir selbst bestimmen müsste, wer ungehindert in dieses Gebäude darf. Irgendeine Person aus der Verwaltung, den Parlamentsdiensten, vielleicht der Bundeskanzlei müsste Türsteher spielen. Natürlich würde man ein Reglement erlassen und versuchen, objektive und faire Parameter zu statuieren. Man müsste aber der Gleichberechtigung – das ist ein ganz wichtiger Punkt – ein hohes Gewicht beimessen, ansonsten die Akkreditierung als willkürlich taxiert würde. Vielleicht bräuchte es sogar ein Rechtsschutzverfahren.

Wenn wir Akkreditierungsvorschriften erlassen, bedeutet das gleichzeitig, dass wir niemandem den Zugang verwehren dürfen oder dürften, der sie erfüllt. Das wiederum führt dazu, dass wir potenziell sehr vielen Lob-



byisten die Türe öffnen müssten, sicher mehr Personen als heute. Wenn Kollege Berberat die beiden Badges von uns bestehen lassen möchte, so wären am Schluss mehr Lobbyisten in diesem Haus als jetzt. Nehmen wir nur einen Sektor als Beispiel, die Banken. Da gibt es einige Hundert Institute in der Schweiz. Welche Bankenvertreter würden wir akkreditieren und welche nicht? Den Schaffhauser, aber nicht den Urner? Den von Raiffeisen, aber nicht den UBS-Vertreter? Die Regionalbanken, aber nicht den Vertreter der Auslandsbanken? Sie sehen, das ist extrem schwierig, da sofort willkürliche Abwägungen erfolgen würden. Man könnte weiter, um beim Beispiel der Banken zu bleiben, auf Bankiervereinigungen ausweichen, weil es eben zu viele Banken gibt. Dies hätte aber das Risiko, dass einfach im Nu neue, lokale oder spezialisierte Bankiervereinigungen gegründet würden und man diese auch alle zulassen und akkreditieren müsste.

Sie erkennen unweigerlich, wie schwierig es für die Akkreditierungsstelle wäre, Zutritte gerecht zu verteilen. Ganz grundsätzlich bestünde sogar die Diskrepanz, dass man zum Beispiel den WWF-Vertreter reinlässt, aber den Tabakvertreter nicht, vor allem dann – und davon gehe ich aus –, wenn die Anzahl Zutritte nicht ins Unermessliche hochschnellen soll.

AB 2016 S 169 / BO 2016 E 169

Unsere zwei Badges und zusätzlich ein neues Akkreditierungssystem sind definitiv zu viel des Guten. Genau da ist schon heute das Hauptproblem: Es hat schlicht und einfach in diesem Gebäude zu viele Lobbyisten. Herr Ratspräsident, wir müssen das Vorzimmer zum Ständerat bald vergrössern. Es hatte in den letzten zwei Wochen kaum mehr Platz am grossen Tisch im Vorzimmer. Der Deutsche Bundestag macht es uns vor: Die Lobbyisten bekommen dort neu keinen Bundestag-Hausausweis, wie er heisst, mehr.

Ich gebe daher dieser parlamentarischen Initiative keine Folge.

Berberat Didier (S, NE): J'ai écouté avec beaucoup d'intérêt le début du débat concernant mon initiative parlementaire, qui – il faut l'admettre – est mesurée. Elle ne va pas pouvoir régler tous les problèmes que vous avez évoqués jusqu'à présent, c'est sûr. Ce qui est sûr aussi, c'est que le système actuel est totalement insatisfaisant, car il est opaque. Or, je crois qu'il y a un besoin, de la part de la population de notre pays, de transparence sur les activités des lobbyistes en Suisse, et notamment au Palais fédéral.

J'ai toujours affirmé que, pour moi, le lobbyisme n'est pas quelque chose de négatif; cela concourt, dans notre Parlement de milice, à la formation de l'opinion des parlementaires. Bien entendu, les parlementaires doivent avoir du recul par rapport à ce que leur disent les lobbyistes, mais du moment que le Parlement est un Parlement de milice, il est important d'avoir aussi le poulx et le sentiment d'une partie de l'opinion publique, des entreprises, des organisations politiques, économiques, culturelles ou environnementales du pays, afin de savoir quelle est la bonne décision, pour autant qu'on puisse prendre une bonne décision.

Je rappellerai aussi que nous n'allons pas tout régler aujourd'hui jusqu'au dernier détail. La question qui vous est posée est de savoir si on accepte de changer, ou en tout cas de réglementer, le système, qui – je l'ai déjà dit – est insatisfaisant pour l'instant, dans la mesure où les lobbyistes agissent quasiment en catimini, puisqu'ils profitent d'un certain nombre de badges donnés par des parlementaires. A cet égard, il est clair qu'un système d'accréditation serait beaucoup plus simple, à l'instar de ce qui se fait actuellement pour les journalistes accédant au Palais fédéral.

En plus, cela a été rappelé, on est en première phase, donc il faut se demander s'il est nécessaire d'agir et de trouver une solution. Si vous donnez suite à cette initiative parlementaire, ce que j'espère, et si le Conseil national donne son accord de principe, le sujet sera renvoyé à la Commission des institutions politiques, qui aura le temps de discuter de ces questions et d'essayer de trouver des solutions, en ayant éventuellement recours à des experts, en regardant ce qui se fait dans d'autres pays, parce qu'il n'est pas forcément nécessaire que la Suisse réinvente à chaque fois la roue. Peut-être que des expériences étrangères pourraient en effet nous être fort utiles.

Et je dirai que rien n'est arrêté. Vous l'avez vu, ma demande est relativement simple. Il s'agit d'une accréditation des lobbyistes et, le cas échéant, d'une limitation de leur nombre. Ce sera à la commission de faire des propositions pour savoir ce qu'il en est. Je n'ai pas l'impression que la crainte émise par quelques personnes de voir, avec ce système, disparaître le lobbyisme soit forcément fondée. Il faut prendre en compte la limitation du nombre de lobbyistes, et les critères qu'on pose. Les journalistes sont accrédités, mais il ne sont tout de même pas 2000 à venir à chaque session du Parlement fédéral pour rendre compte de ce qui s'y fait.

En plus de cela, je demande qu'un registre public des accréditations soit établi, que les lobbyistes signalent chaque mandat et, le cas échéant, leurs employeurs. Vous savez qu'il y a en quelque sorte deux types de lobbyistes. Il y a ceux qui travaillent pour une entreprise, une organisation, et qui n'ont qu'un seul employeur. Pour eux, la situation est claire, simple, parce qu'on sait pour qui ces personnes travaillent. Et il y a des gens qui



travaillent sur mandat, pour un certain nombre de clients, un certain nombre d'entreprises, un certain nombre d'organisations, et il est important, du point de vue administratif, que ces personnes signalent quels sont leurs mandats.

L'idée n'est pas d'avoir un système très lourd au niveau administratif, une espèce d'usine à gaz; l'idée est d'avoir un système simple, où les lobbyistes puissent s'inscrire sur Internet, comme nous le faisons d'ailleurs lorsque nous devons compléter nos liens d'intérêts de parlementaires.

Le rapporteur a dit que ce que je proposais était un mince progrès. Mais c'est déjà cela, car la politique, c'est peut-être aussi faire des petits pas. Je ne souhaite pas enlever la responsabilité des parlementaires qui décident d'inviter des personnes; il ne s'agit pas du tout de cela. D'ailleurs, la question des badges individuels, qui sont actuellement laissés à l'appréciation des parlementaires, devra être réglée. Cela dit, je n'ai pas d'états d'âme à ce sujet: on peut garder ce système de badges pour inviter des gens, des collaborateurs personnels, les personnes qu'on connaît, les gens de sa famille. Je n'ai donc pas forcément demandé qu'on supprime les badges. On pourrait peut-être les limiter, mais le cas échéant, si vous décidez de donner suite à cette initiative parlementaire, il appartiendra à la commission de trancher cette question. Pour ma part, je suis quelque peu étonné de la tension qui règne autour de la question de ces badges. Certes, cela engage la responsabilité d'une seule personne, mais lorsqu'un parlementaire autorise une personne à entrer librement, ce n'est pas seulement pour que la personne vienne lui rendre visite, c'est pour que cette personne ait ensuite libre accès au Palais fédéral.

En ce qui concerne la question du badge, d'ailleurs, je peux vous dire que si vous souhaitez vraiment inviter quelqu'un, vous pouvez faire entrer cette personne avec ou sans badge permanent. A mon avis, cette responsabilité fait que lorsque vous donnez un badge, vous n'avez pas toujours le contrôle de ce que fait la personne à qui vous avez donné le badge. Vous ne pouvez pas la suivre à la trace, vous ne pouvez pas savoir quand elle vient et qui elle rencontre. A mon avis, on prend une lourde responsabilité dans ce domaine, mais il appartient d'abord au conseil puis ensuite à la commission de voir ce qu'il en est.

La question que vous devez vraiment vous poser aujourd'hui est de savoir si on veut changer ce système, ou en tout cas l'améliorer, ce dernier étant, vous le savez, insatisfaisant. D'ailleurs, les milieux des lobbyistes sont favorables au fait d'avoir enfin un statut, parce que cette espèce de clandestinité ou de semi-clandestinité ne leur convient pas, en tout cas pas à certains. Par contre, à d'autres cela convient très bien parce qu'ils agissent masqués; on ne sait pas pour qui travaillent ni qui sont exactement ces personnes.

C'est avant tout pour éviter d'avoir ce genre de pratiques au Palais fédéral que je vous demande de donner suite à mon initiative parlementaire, en vous rappelant que tout est ouvert et qu'il appartiendra, si le Conseil national donne son feu vert, à notre commission de faire des propositions, puis au conseil d'accepter de valider ou non ces propositions.

Eberle Roland (V, TG): Ich bin einmal mehr erstaunt über die Art und Weise der Debatte. Wenn ich eine persönliche Rangordnung der "Lobbyisten" erstelle, so nehmen wir Parlamentarier den ersten Rang ein. Gegen 2000 Mandate – wir haben es heute in der "Neuen Zürcher Zeitung" lesen können – vereinigen die 246 Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf sich, teilweise auch bedingt durch unser Milizsystem, weil wir neben der politischen Tätigkeit ja auch noch arbeiten. Im zweiten Rang würde ich persönlich die Bundesangestellten sehen, die uns bei jeder Gelegenheit am Ärmel zupfen und irgendwelche Themen an uns herantragen, sei es direkt in Zusammenhang mit einer Gesetzgebung oder sei es im vorbereitenden Sinn, um gewisse Ideen zu entwickeln. Im dritten Rang wären dann die offiziellen Lobbyisten, über die wir jetzt diskutieren. Auch Kollege Minder hat dargelegt, dass es vermutlich kein System gibt, das einigermaßen fair und gerecht entwickelt werden könnte. Viertens könnte man beispielsweise auch die Lobbyisten ausserhalb des Bundeshauses hinzunehmen. Wie wollen wir da

AB 2016 S 170 / BO 2016 E 170

vorgehen, mit all diesen Veranstaltungen? Wir könnten jede Session vier Kilogramm zunehmen, wenn wir wollten, bei Veranstaltungen mit Aperitif oder Nachtessen oder Mittagessen oder Zvieri oder Znüni oder Frühstück; das ist alles möglich. Im fünften Rang käme dann vielleicht noch das Volk. Wir sind je nach Partei von einem anderen Wahlvolk gewählt, jedes Parlamentsmitglied hat sein eigenes Wahlvolk; das kennen wir auch. Wir müssen da nicht differenzieren.

So gesehen glaube ich nicht, dass es uns je gelingen wird, ein einigermaßen vernünftiges System aufzubauen.

Kollege Caroni meint, wir seien nicht verantwortlich für Lobbyisten, für Journalisten, für Mitarbeiter des Bundes. Ich bin da anderer Meinung: Ich bin verantwortlich für das, was ich mache. Ich bin verantwortlich dafür, mit wem



ich spreche, welche Initiativen ich unterstütze. Ich bin persönlich verantwortlich für mein Wort und für meine Tat. Solche Verantwortung kann man nicht einfach an irgendwen abschieben. Wir sind in diesem Rat Manns genug, Frau genug, um zu entscheiden, mit wem wir welche Informationen wie austauschen wollen, wo wir uns Informationen beschaffen wollen oder nicht, wen wir in unsere Vorzimmer lassen oder nicht.

Eine Klammerbemerkung zur Unart, diese Vorzimmer für die Zünipause und für Privatgespräche jeder Art zu missbrauchen: Das könnten wir regeln, bzw. wir haben es geregelt; die Vorzimmer sind nämlich definiert als Arbeitsräume für uns.

Es ist ja interessant: Im Arbeitszimmer auf der westlichen Seite herrscht immer Ruhe und Ordnung, und in jenem auf der östlichen haben wir das grosse Chaos. Es wäre an uns, dafür zu sorgen, dass es nicht so ist. Das liegt in unserer Eigenverantwortung. Es ist eine Frage unserer Disziplin, mit wem wir hier welche Gespräche führen.

Nehmen wir unsere eigene Verantwortung wahr, vergessen wir alle Regulierungen, Bürokratisierungen und Listen! Es gibt auch die fünfhundert Lobbyisten, die wir selber bestimmen, indem wir unsere Badges vergeben – oder auch nicht. Ich habe von Beginn an darauf verzichtet, meine zwei Badges zu vergeben – mich stört das nicht –, weil ich diese blöde Debatte um die Zuordnung von Badges persönlich einfach doof finde. Wenn ich an Informationen kommen will, komme ich an sie heran. Dafür brauche ich keine neue Regelung.

Ich bitte Sie, dieser parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Vonlanthen Beat (C, FR): Als "Hamburger", das heisst als Neuling, in diesem Parlament konnte ich bereits in den beiden ersten Sessionen die teilweise Penetranz der Lobbyisten spüren. Der Input dieser Vertreter von Pressure Groups kann durchaus wichtig sein für die Entscheidungsfindung – er ist wichtig –, aber gleichzeitig besteht auch die Gefahr einer Erschwerung der parlamentarischen Arbeit. Wir sprechen ja mit dieser parlamentarischen Initiative vor allem die Regelung hier im Bundeshaus an. Ich unterstütze daher die parlamentarische Initiative Berberat. Weshalb?

1. Ich werde in der Unterstützung der Initiative bestärkt von den Darlegungen der Lobbyistenvereinigung Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft (Spag), die sagt, dass Akkreditierung und Register als effizientes Instrumentarium für eine transparente Handhabung des Lobbyings im Bundeshaus erachtet werden.

2. Mit der Umsetzung der parlamentarischen Initiative Berberat wird eine Gleichbehandlung der im Bundeshaus wirkenden Lobbyisten sichergestellt. Bisher unterstehen nur die Mitglieder der Spag den strengen Standards, wenn ich das richtig verstanden habe.

3. Die Befürchtung bezüglich einer Überschwemmung der Wandelhalle und der Vorzimmer des Ständerates durch professionelle Lobbyisten wird sich nicht bewahrheiten, weil eben über strenge und transparente Akkreditierungskriterien eine effiziente Zugangsorganisation realisiert werden kann.

Aus diesen und anderen genannten Gründen bitte ich Sie, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Eberle Roland (V, TG): Ein Satz: Dieses Argument sollte uns ziemlich hellhörig machen. Wenn die Lobbyistenorganisationen dafür lobbyieren, dass sie reglementiert werden, um sich vom Markt abzusetzen, dann gnade Gott! Das ist ja wirklich absurd.

Föhn Peter (V, SZ), für die Kommission: Herzlichen Dank für diese Diskussion. Ich glaube, sie hat gezeigt, dass Lobbyismus einfach zur Meinungsbildung gehört, da sind wir hier drin uns einig. Aber eben, viele Wege führen nach Rom.

Es wurde gesagt, wir hätten keine Übersicht, wer uns in welchem Auftrag gegenübertritt. Wir sind National- und Ständeräte, es ist doch unsere Pflicht, in diesem Haus nachzufragen, wer da in welchem Auftrag zu uns spricht. Ich glaube, wir sind alle, auch die Frauen, Manns genug, dass wir das machen können.

Die Kommissionsmehrheit befürchtet einfach einen sehr grossen administrativen Aufwand. Das heisst, Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis. Das dürfen wir, glaube ich, so sagen. Ich nenne jetzt nur zwei Punkte. In Ziffer 3 heisst es zum Beispiel, dass jedes Mandat und allfällige Arbeitgeber zu melden sind. Stellen Sie sich das vor: Diese Lobbyisten haben täglich, wöchentlich andere Mandate, andere Auftraggeber. Es ist nicht so, dass sie über lange Zeit die gleichen Auftraggeber und die gleichen Mandate haben. Dann ist auch die Anzahl der Lobbyistinnen und Lobbyisten zu begrenzen. Ich frage Sie: Wer wird das machen, und wer entscheidet dann, wer hier drin lobbyieren darf? Jetzt haben wir einfach diese zwei Badges, und es geht gut. Die Kommissionsmehrheit befürchtet einfach, dass es nicht mehr kontrollierbar ist, wenn sich die gesamte Tätigkeit des Lobbyismus aus dem Bundeshaus hinaus verlagert. Da kann ich nur sagen: Transparenz ade!

Ich bitte Sie, im Sinne der Kommissionsmehrheit – klar, einer knappen Mehrheit – der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2016 • Neunte Sitzung • 14.03.16 • 16h15 • 15.438
Conseil des Etats • Session de printemps 2016 • Neuvième séance • 14.03.16 • 16h15 • 15.438



Abstimmung – Vote

Für Folgegeben ... 20 Stimmen

Dagegen ... 17 Stimmen

(1 Enthaltung)

Le président (Comte Raphaël, président): Nous sommes arrivés au terme de notre ordre du jour. Je vous rappelle qu'un apéritif a lieu maintenant dans l'antichambre qui se trouve à ma droite – la plus calme. Je souhaite à toutes et à tous une bonne soirée!

Schluss der Sitzung um 17.55 Uhr

La séance est levée à 17 h 55

AB 2016 S 171 / BO 2016 E 171

